

## Mitteilungen Monatsversammlung Mai 2019 vom Präsident

### **Sektor 1 und syndicom allgemein**

Im Juli letzten Jahres stellte PostLogistics die Führung der Arbeitszeit auf das System „mytime“ um. Laut den Mitgliedern von syndicom zufolge führt mytime zu krassen Nachteilen für die Mitarbeitenden. Die Unzufriedenheit ist sehr gross. Syndicom strebt deshalb an, im Namen der Belegschaft Verhandlungen mit den Verantwortlichen der Post zu führen. Die Verhandlungen sollen zu Verbesserungen bei mytime führen. Gefordert werden soll unter anderem eine Änderung der massgeblichen Eckwerte des Systems. Ein neuer Mechanismus für die GAP-Bereinigung und mehr Transparenz bei den Berechnungsmechanismen. Die überarbeitete Version soll rückwirkend ab September 2018 gelten.

Die geplante Flyer Aktion vor den Basen musste abgesagt werden. Mit der Post wurde abgemacht, dass der Flyer via Newsletter über die Mitglieder gestreut wird.

Ein Pilotprojekt bei PostLogistics sah vor, dass sich die Paketzusteller\*innen um 12.00 Uhr in einer App einzuloggen haben, um zu schauen ob ihr Dienst am gleichen Tag um 14.30 oder 16.30 Uhr beginnt. Dabei handelt es sich um Abholungen bei den Kunden bzw. zustellen der Pakete deren Zustellung die Kunden am Abend wünschen. Bestimmte Basisleiter wollten, dass alle Mitarbeiter mitmachen müssen obwohl es als freiwillig vorgesehen war. Das widerspricht ganz klar dem GAV. Dieser sieht vor, dass Beschäftigte mindestens 2 Wochen vorher über ihren Dienstantritt Bescheid wissen. Der neue Postchef Roberto Cirillo stoppte den Pilotversuch noch vor seinem Amtsantritt. Wahrscheinlich wollte er sein Arbeit nicht mit negativen Schlagzeilen anfangen und damit vielleicht auch ein bisschen Goodwill bei den Gewerkschaften schaffen.

### **Sektor 2 Telecom**

Am 03. April fand die GV der Pensionierten Sektor 2, Basel statt. Es waren 42 Mitglieder anwesend so viele wie noch nie. Total sind es 215 Mitglieder. In seinem Jahresbericht erwähnte Präsident Alex Vögtli Ereignisse von allen 3 Sektoren. Der Vorstand macht in unveränderte Weise weiter. Alex Vögtli, Olga Caminada, Bruno Joss und Benni Strickler.

2017 wollte Swisscom die Überbrückungsrente wegsparen, doch die syndicom-StiftungsrätInnen bei comPlan konnten dies mit eindrucksvollem Widerstand verhindern. Es gibt sie also weiter, die wichtige Überbrückungsrente. Aber wie hoch wird die monatliche Pension sein, wie hoch die AHV-Rente? Wie wirkt sich der Ruhestand auf den Lebensstil aus? Wie auf die Familie, die Partnerschaft, die Steuern? Solche und viele weitere Fragen haben Edith Annaheim und Hansruedi Schläppi von der syndicom-Pensionierungsberatung über die letzten Monate dutzendfach beantwortet. Die Pensionierungsberatung im diskreten Einzelgespräch ist eine neue kostenlose Dienstleistung für syndicom-Mitglieder bei Swisscom, Calex und localsearch. Nicht-Mitglieder können die Pensionierungsberatung für eine Pauschale von 390.– Franken in Anspruch nehmen.

Seit mehreren Wochen wird intensiv über das institutionelle Rahmenabkommen mit der Europäischen Union diskutiert. Die Mitarbeitenden im ICT-Sektor sind von diesem Rahmenabkommen in mehrfacher Hinsicht direkt betroffen:

In den Branchen der Netzinfrastruktur sowie Contact- und Callcenter sichern seit 2018 allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge Minimalstandards bei den Arbeits- und Lohnbedingungen. Um diese durchzusetzen, braucht es wirksame

Kontrollen und Sanktionen in den Unternehmen.

Bei den bundesnahen Unternehmen wie Swisscom und Skyguide besteht die Gefahr, dass sie durch das Rahmenabkommen unter die Regelungen zu den staatlichen Beihilfen fallen könnten. Als Folge davon könnte der Privatisierungsdruck zunehmen. Der vom Bundesrat in die Konsultation geschickte Entwurf des Rahmenabkommens mit der EU ist für den Sektor ICT deshalb nicht akzeptabel. Aus diesem Grund haben die Mitglieder an der ICT-Sektorenkonferenz eine Resolution zum Rahmenabkommen verabschiedet. Der Bundesrat darf das vorliegende Rahmenabkommen keinesfalls unterzeichnen, sondern muss mit der EU weiterverhandeln. Die EU ist nicht nur die wichtigste Handelspartnerin, sondern auch in gesellschaftlicher Hinsicht mit der Schweiz stark verbunden. Der bilaterale Weg wird daher weiterhin klar unterstützt.

## **Politik allgemein**

Warum rebellieren die Sparer nicht obwohl sie praktisch keinen Zins mehr erhalten und mit den Gebühren sogar noch Geld verlieren?

Die Gruppe der reinen Sparer in der Schweiz ist viel kleiner, als man gemeinhin annimmt. Ein Blick auf die Vermögensverteilung in der Schweiz zeigt, dass 25 Prozent der Steuerpflichtigen gar kein Reinvermögen haben und weitere 30 Prozent eines bis maximal 50 000 Franken. Das heisst: Für mehr als die Hälfte der Steuerpflichtigen sind die Erträge aus dem Ersparnen so gering, dass es zweitrangig ist, ob der Zins nun ein oder zwei Prozent höher liegt. Nur bei der nächsten Gruppe, den Steuerpflichtigen mit einem Reinvermögen von 50 000 bis 200 000 Franken, dürften die tiefen Zinsen ins Gewicht fallen. Die Vermögen sind zu klein, um Wohneigentum zu erwerben oder das Geld gewinnbringend in Aktien anzulegen. 20 Prozent der Steuerpflichtigen fallen in diese Kategorie, das heisst, nur ein Fünftel der Steuerpflichtigen sind reine Sparer, die wegen der tiefen Zinsen substantielle Einbussen erleiden. Die besser gestellten Mittelschichten hingegen haben gelernt, mit den Negativzinsen gut zu leben. Das Wohneigentum ist in vielen Ballungszentren deutlich angestiegen. Personen, die nicht im Geld schwimmen, aber doch etwas auf der Seite haben, werden plötzlich Haus- oder Wohnungsbesitzer. Die obere Hälfte der Mittelschichten, die mehr als 200 000 Franken Reinvermögen hat, wird so immer mehr zu einer Schuldnergruppe, und damit verändert sich auch die Interessenlage. Diese Gruppe hat richtig Freude an tiefen Zinsen. Dass die Tiefzinsen auch die Guthaben in den Pensionskassen massiv beeinträchtigen, blenden viele aus.

Es ist eine schweizerische Volksinitiative lanciert worden, welche vorsieht, dass die bestehenden Renten bei Bedarf gekürzt werden können. Die Initiative sieht natürlich auch vor, dass die Rente erhöht werden kann falls der Deckungsgrad der Pensionskasse mehr als 110% beträgt. Das ist reine Augenwischerei denn das wird in naher und wahrscheinlich auch in ferner Zukunft nicht der Fall sein.

Die sinkenden PK-Renten reichen bereits heute, zusammen mit jener der AHV, für weite Teile der Bevölkerung kaum, um im Alter davon anständig leben zu können, so wie es die Verfassung vorschreibt. Die durchschnittliche ausbezahlte PK-Rente liegt bei 2400 Franken. Zusammen mit der durchschnittlichen AHV-Rente kommt man damit auf ein Renteneinkommen von etwas über 4000 Franken. Seit 2005 sind die PK-Renten im Mittel um fast 9 Prozent gesunken. Aufgrund der schlechten Zinsentwicklung werden sie voraussichtlich weiter sinken. Obwohl die Wirtschaft wächst und die Löhne steigen. Das Gros der Rentnerinnen und Rentner ist deshalb auf eine sichere, fixe Rente angewiesen. Mit zunehmendem Alter steigen ausserdem die Gesundheitskosten und lassen immer weniger Geld zum Leben übrig. Hinzu

kommt der fehlende Inflationsausgleich, der die Renten aus der 2. Säule im Laufe der Jahre bereits heute schmelzen lässt. Es ist deshalb nicht nur verantwortungslos, sondern auch zynisch, wenn die Befürworter der sogenannten Wackelrenten diese Realität verkennen. Solche Rentenmodelle werden bloss noch mehr Leute in die Ergänzungsleistungen treiben. Das ist unhaltbar. Unter dem Deckmantel des Schlagworts „die Jungen bezahlen für die Alten“ wird so die Entsolidarisierung zwischen den Generationen vorangetrieben. Die richtige Antwort auf die Tiefzinssituation, die mittlerweile voll auf die PK-Renten durchschlägt, ist eine Stärkung der beruflichen Vorsorge mit umlagefinanzierten Elementen.

Über eine mögliche Finanzierungsquelle werden die Stimmberechtigten bereits am 19. Mai 2019 abstimmen. Im Rahmen des AHV-Steuerpakets (STAF) will das Parlament der AHV jährlich 2 Mrd. Franken zusätzlich zuführen. Und zwar durch die sozialste Finanzierungsmethode überhaupt: eine leichte Anhebung der Lohnprozente und eine Erhöhung der Bundesmittel. Gerade aus Rentnersicht ist ein Ja dazu die einzige momentane Lösung. Die Sicherung der AHV muss für uns an erster Priorität stehen.

Hans Preisig